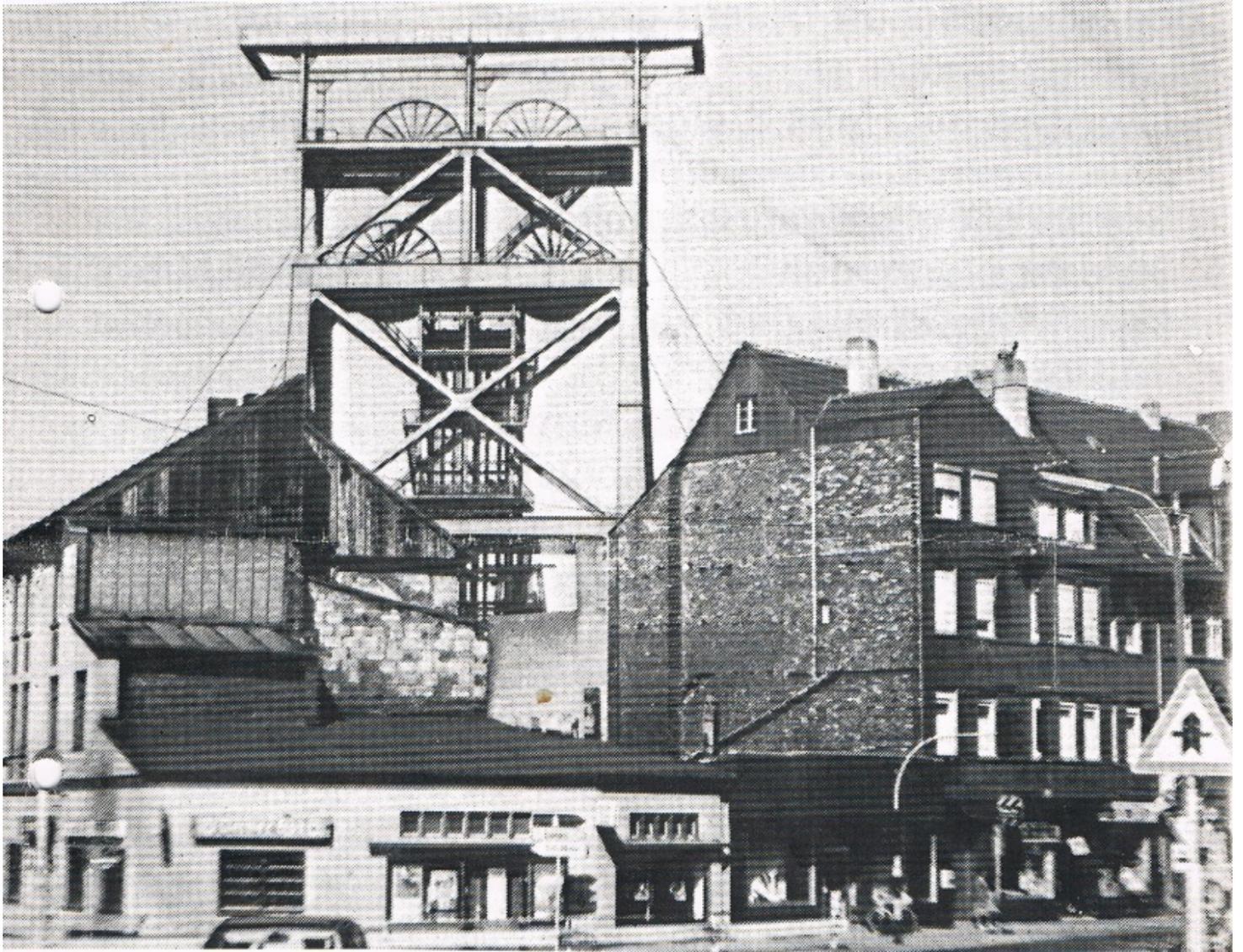


Damit kein Gras darüber wächst!

Gneisenau-

Symbol für Arbeit und Brot in Derne,



aber auch ein Ort von Unterdrückung und Tod
während der Nazi-Diktatur

Zusammengestellt von der DKP - Scharnhorst

Inhalt

Den sowjetischen Opfern gedenken Materialsammlung	Seite 3
- Interview mit Hans Stein (aus "Leben mit Gneisenau 100 Jahre")	Seite 4
- Solidarität mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen (aus "Widerstand und Verfolgung in Dortmund")	Seite 6
- Die Lage der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern in Deutschland (aus "Hans Grüning")	Seite 9
Bürgerantrag für eine Mahntafel	Seite 12

**Antifa - AG
DKP Scharnhorst
Grunewald 10
4600 Dortmund 14
Tel.: 23 08 29**

Damit kein Gras darüber wächst!

Gneisenau-

Symbol für Arbeit und Brot in Derne,
aber auch ein Ort von Unterdrückung und Tod
während der Nazi-Diktatur

Am 20. April 1989 ist Hitlers 100. Geburtstag. Alt- und Neonazis nutzen dieses Datum zur Verherrlichung des Faschismus. Wie war es wirklich?

Am 14. April 1945 befreite die 9. US-Army mit der Einnahme Dortmunds auch 4.070 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus 13 Nationen. Männer, Frauen und Kinder. Viele von ihnen waren vor Hunger, Unterernährung und Krankheit so schwach, daß sie sich nicht erheben konnten.

In den Rüstungsbetrieben Dortmunds wurden viele tausend sowjetische Kriegsgefangene und verschleppte Zivilarbeiter, auch Frauen und Kinder, zu Tode geschunden.

Russische Kriegsgefangene wurden auch seit 1942 auf der Zeche Gneisenau in Derne beschäftigt. Über die Behandlung der Russen gibt folgender Bericht Aufschluß:

"Eines Tages war ein großer Luftangriff auf den Raum Dortmund, da wurde unser Ortsteil auch schwer mitgenommen. Hinter dem Bahnhof war ein großes Gefangenenlager, überwiegend waren da Russen drin. Die hat man dann unter den Bahnübergang, das hatte man so ein bißchen ausgebaut, reingetrieben. Diese Leute kamen da auch nicht frühzeitig rein, weil sie die vielleicht zu spät laufen gelassen haben oder was. Und als wir dann später aus dem Bunker herauskamen, da lagen sie da, über das Gelände verstreut, halb durchgeschnitten oder durch Bombensplitter zerfetzt. Die lagen da überall auf der Straße. Das Bild kann ich bis heute nicht vergessen, das war ein Grauen für uns Kinder."

Um Solidarität zu verhindern, versuchten Zeitungen der Bevölkerung einzureden, daß es sich bei den Russen nicht um gleichwertige Menschen handelt. (aus "Widerstand und Verfolgung in Dortmund")

Kumpel an Ruhr und Rhein!

Es rufen dich die Kumpel der russischen Kriegsgefangenschaft. Kumpel, wie lange willst du noch helfen, den Krieg in die Länge zu ziehen? Mit jeder Tonne Kohle, die du lieferst, forderst du unzählige Menschenleben, Krüppel und Witwen. Spürst du nicht, daß die Kriegsgewinnler auf deinem Rücken sitzen und dich in den Nacken treten, um noch mehr zu liefern? Geregelt Arbeitsstunden gibt es nicht, auch noch die Sonn- und Feiertage fordert man von dir, den Urlaub verlegt man bis nach dem Kriege. Das Krankfeiern wird als Sabotage betrachtet, gewaltsam drängt man dich zur Arbeit. Kumpel, spürst du nicht, wie die Kriegsgewinnler dir das Mark aus den Knochen ziehen, um ihren Profit stabil zu halten, um ihre Galgenfrist auf die lange Bank zu schieben? Spürst du dies nicht? Du bist ein moderner Sklave. Man braucht dich unbedingt, ohne Kohle läuft kein Rad. Du hast es in den Händen, wie lange noch du diesen Schicksalsweg gehen willst und wie lange noch das Kriegsrad sich drehen soll. Macht Schluß damit. Scheut nicht die Spitzel, bildet Komitees, diskutiert über die Sache. Die unterdrückten Völker schreien nach Frieden.

Aber es gab auch freundschaftliche Kontakte und gemeinsamen Widerstand auf den Zechen. Davon zeugt nebenstehendes Flugblatt. (aus "Hans Grüning", 1981)

Gerade heute, über 44 Jahre danach, sollten wir die Lehre aus der Geschichte gezogen haben:

**NIE WIEDER FASCHISMUS,
NIE WIEDER KRIEG !**

Die sozialistischen Länder gehen mutig den Weg der einseitigen Abrüstung. Schritte für ein gemeinsames friedliches Haus Europa. Im Juni kommt

Michail Gorbatschow in die Bundesrepublik, vielleicht sogar nach Dortmund. Wir wollen uns unserer Geschichte stellen und diesen Opfern endlich würdig gedenken. Darum fordern wir eine Mahntafel für die auf der Zeche Gneisenau ausgebeuteten und zu Tode gekommenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.

Wir sind sehr an weiteren Informationen interessiert. Sollten sie sich an etwas erinnern, so lassen sie es uns wissen.

Interview mit Hans St. (59)

Das einzigste, wo ich mich recht erinnern kann in den 30er Jahren war: ich kam mal einen Sonntag aus der Kirche mit 'nen paar Kumpeln und da hör ich „Taramta tam, taramta ta“ einer mit 'ner Trommel und da guck ich umme Ecke, da waren da vielleicht zehn SA-Männer, inner Mitte ein Zivilist und der hatte ein Schild auf der Brust und auf dem Rücken und da stand drauf – wörtlich –: „Ich bin ein Schwein, ich habe meinen Anzug versoffen.“ Und wir haben uns darüber keine Gedanken gemacht, paar Tage später hatten wir einen Pauker, der auch Parteimitglied war, der hat uns das dann erzählt: Dieser Mann bezog Geld von der Wohlfahrt und hatte von der NSV, so nannte sich damals der Verein, zusätzlich Geld bekommen für einen neuen Anzug und dann hat man den in besoffenen Zustand irgendwo gefunden mit keinem Pfennig Geld mehr in der Tasche. Darauf hat man den dann durch ganz Derne marschieren lassen mit dem Schild auf dem Rücken.

Wie alt warst Du denn zu der Zeit?

So 10, also muß das so sechs-, siebendreißig gewesen sein.

Seit wann wohnt Eure Familie in Derne?

Also wir sind 1909 nach Grevel gezogen und 1916 nach Derne, da hieß das aber nicht „Derne“, sondern „Altenderne-Oberbecker“ und gehörte noch zu Lünen.

Wo habt Ihr da in Altenderne-Oberbecker gewohnt?

In Derne haben wir da gewohnt, wo jetzt ich wohne – Glückstraße.

Da waren das aber noch ganz neue Häuser?

Wir sind innen Neubau reingezogen.

Hat Dein Vater da schon auf Gneisenau gearbeitet?

Ja, da hat der schon auf Gneisenau gearbeitet.

Unter oder Über Tage?

Nur unter Tage.

Kannst Du Dich denn noch an Erzählungen Deines Vaters über die 20er Jahre, die Zeit bevor Du geboren bist, erinnern? Über Nachbarschaft in der Kolonie, über materielle Probleme, die damals entstanden sind?

Nein, weniger, ich möchte da auch nix Verkehrtes sagen, weißt Du!

Wann hast Du denn angefangen zu arbeiten?

Ja also, jetzt kommt 'nen Witz. Ich bin vielleicht hier im Ruhrgebiet der jüngste Bergmann, der auf ein Pütt angefangen hat, d. h. praktisch hätte ich bis zum 1. April 41 die Schule besuchen müssen, bin aber schon am 4.2.41 angefangen zu arbeiten als Berglehrling.

Kannst Du Dich denn noch an Euren Alltag als Berglehrling erinnern?

Aber ja. Die ersten 4 Wochen ging für uns bloß mit Feilarbeiten und Meißeln. Danach wurden wir aufgeteilt in mehrere Betriebspunkte: Holzplatz, Lampenstube, Schachtbetrieb und Verwaltung. Innere Verwaltung, das war überwiegend für angehende Bürokraten. Holzplatz, Lampenbude und Schachtbetrieb, das war für angehende Bergleute, daß die im Großen und Ganzen den Betrieb kennenlernen. Innerhalb der Lehrwerkstatt war eine Abteilung für Schmiede, Schlosserei und Schreinerei, so daß auch da wieder alle Jugendliche immer jeweils drei Monate arbeiten konnten, um da ihre bergmännischen Fähigkeiten anzuregen, so heißt das.

Wie war denn das Klima innerhalb der Lehrwerkstatt? Ich kann mir vorstellen, daß in den Jahren '42, '43 ein ganz...

Ja, es war ein rauhes, solides Klima. Es kam da nicht so drauf an, wenn einer da nicht so spurte, wie es die Herren wollten, fielen bald ein paar Ohrwatschen.

Gab es so etwas wie militärischen Drill der Berglehrlinge? Kann man überhaupt von so etwas reden?

Da kann man nichts von sagen. Wir hatten zwar jede Woche unseren Betriebssport, aber von militärischem Drill war da nichts drin.

Gab es denn so etwas wie „weltanschauliche Schulung?“

Das spielte sich innerhalb der Berufsschule ab, aber das war wöchentlich nur eine Stunde.

Nach welcher Zeit kamst Du denn das erste Mal unter Tage?

Also, man mußte 16 Jahre alt sein.

Diese Vorschrift wurde auch eingehalten?

Ja, zum Besuch des Lehrrevier kam man allerdings schon mit 15, aber direkt unter Tage wurde man erst ab 16 beschäftigt. Da ging es dann je nach Bedarf zwischen einem halben und einem Jahr Lehrrevier und dann wurde man auf die jeweiligen Förderreviere aufgeteilt. Bei mir dauerte das allerdings nur drei Monate.

Weil Arbeitskräfte gebraucht wurden?

Ja.

Aus Archivmaterialien weiß ich, daß seit 1942 russische Kriegsgefangene auf Gneisenau beschäftigt wurden. Hast du davon etwas mitbekommen?

Ja, ich hatte das Glück über längere Zeit einen Teil der russischen Kriegsgefangenen mit nach unten zu nehmen. Es waren immer zwischen acht und zehn Mann. Und wenn sich viele darüber beklagt haben, ich hatte nie Ärger mit.

Wie wurden denn diese Kriegsgefangenen seitens der Harpener Bergbau AG behandelt? Wie waren die untergebracht?

Behandelt, das richtete sich je nach Persönlichkeit, wie überall gab es da auch Gut und Böse. Untergebracht waren die da hinter der Bahn, wo heute der Parkplatz ist, da war das sogenannte Russenlager. Da waren – aus dem Stegreif – so um die zehn Baracken, eine Küchenbaracke dabei, da waren die untergebracht. Denen ihre Hauptmahlzeit bestand immer aus Kapusta, Kapusta.

Mit dieser „Mahlzeit“ mußten die die schwere Arbeit unter Tage vollbringen?

Ja, ich durfte mit zwei Russen immer zusammenarbeiten, die hingen echt so inne Seile, daß ich denen öfter mal 'nen Butterbrot gegeben hab', und dann hat mein Vater gesagt: „Hör mal, wir haben doch da so viel Kartoffeln, bring denen doch mal 'ne Tasse voll Kartoffeln mit.“ Die hatten das so anerkannt, ich brauchte kaum noch etwas zu tun.

Das war aber auch gefährlich für Dich?

Ohne weiteres. Wenn ich dabei erwischt worden wäre, dann wäre ich wahrscheinlich wo anders gelandet. Strafkompagnie oder so etwas. Noch etwas zu den Kriegsgefangenen. Die Russen hatten ja im Herbst auch die Aufgabe, hier am Müsertor immer

die Kartoffeln für die Bergleute abzuladen. Die wurden hier in Säcke abgefüllt und mit Zechenautos hier in der Siedlung rumgefahren, zu den Kumpels. Das Geld dafür wurde denen dann vom Lohn abgehalten. Dann ist es oft vorgekommen, daß der Platzmeister H. so hieß der gute Mann, der das Ganze über die Verladung hatte, sich dabeigestellt hat, immer dann, wenn der Waggon leer wurde, mußten die Kriegsgefangenen den Waggon von Hand vorschieben ohne Lok. Und was nicht zu vermeiden war, fielen auch immer Kartoffeln daneben, die haben sich darauf gestürzt. Und dieser Herr H. hatte dann nichts anderes zu tun, wie mit 'nem Hackenstiel auf ihre Finger rumzukloppen. Das ist Tatsache, das kann ich beschwören.

Kannst Du noch mehr über die Behandlung von Kriegsgefangenen erzählen?

Nicht direkt über Kriegsgefangene, aber über Hiesige und Ostarbeiter. Es fing doch schon damit an, wenn einer zu spät kam. Der frühere Betriebsführer Sch. hatte ein Organ, daß man seine Stimme schon auf der Drehscheibe hören konnte. Und es kam des öfteren vor, daß selbst Hiesige, wenn die einen Tag blau gemacht hatten, mußten die antanzen, dann waren der Herr Sch. da und Herr St., das war der SS-Onkel von Gneisenau, und dann wurden die auf den Stuhl angeschnallt und bekamen zünftig was mit dem Koppel. Dem Herrn St. machte das gar nichts aus, die Sache persönlich vorzunehmen, so daß die vorläufig nicht mehr auf den Bolzen kamen, die Sache noch mal zu machen.

Solidarität mit Zwangsarbeitern und Kriegs- gefangenen

Die Stapoestelle Dortmund hat den bereits im Jahre 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilten Kriegsinvaliden Ludwig T a p p e, geb. am 11.5.96 zu Göttingen, - wohnhaft in Schwerte/Buhr - festgenommen. T a p p e hatte zwei Kriegsgefangenen eine Kiebschachtel mit Zigarettenpapier und eine Schachtel Streichhölzer zugesteckt. In der Streichhölzschachtel befand sich ein handgedruckt hergestelltes Flugblatt in russischer Sprache, das von dem ständigen Vorwärtstürmen der russischen Armee spricht und die Freiheit in Kürze in Aussicht stellt. - Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

641 RSHA, Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse, Januar 1943 oder später.

Für Aufrührer den Tod

Der Ostarbeiter Trochim Besnikow aus Stallne hat am 30. Januar mit anderen Ostarbeitern ein fremdes Ostarbeiterlager aufgesucht. Als sie von dem Lagerführer aufgefordert wurden, sich während des gegebenen Fliegeralarms luftschutzmäßig zu verhalten, leistete Besnikow den Anordnungen keine Folge. Er forderte die anderen Ostarbeiter zum Widerstand auf, griff den Lagerführer tödlich an und brachte ihm mehrere erhebliche Kopfwunden bei. Durch sein Verhalten hat der Täter bewiesen, daß er nicht gewillt ist, sich im Reichsgebiet so aufzuführen, wie es von jedem Ausländer gefordert werden muß. Seine Tat verdient strengste Ahndung. Besnikow wurde am 3. März in Dortmund hingerichtet.

642 „Für Aufrührer den Tod“, Artikel der „WLZ-Rote Erde“ vom 4. März 1944 über die Hinrichtung des Zwangsarbeiters Trochim Besnikow in Dortmund.

Die Stapoestelle Dortmund nahm am 27. Juli 1944 schlagartig aus einer Widerstandsbewegung unter Ostarbeitern 150 Personen, darunter 2 Reichsdeutsche, fest. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Weitere Festnahmen stehen bevor.

643 Die Gestapo Dortmund nimmt 148 „Ostarbeiter“ und zwei Deutsche fest. (RSHA, Meldung wichtiger staatspolitischer Ereignisse, August 1944)

Sicher ist, daß in Dortmund illegale Organisationen von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern operiert haben. Nicht belegt, aber denkbar, sind überörtliche Kontakte, etwa zu der „Brüderlichen Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ (BSW), der größten Widerstandsorganisation ausländischer Arbeiter in Nazi-Deutschland. Die seit November 1942 vom Lager Perlach (bei München) ausgegangene Organisation soll Verbindungen zu den Industriezentren des Ruhrgebiets unterhalten haben.

Mit Beginn des Krieges mußte der faschistische Staat die zur Wehrmacht einberufenen Arbeitskräfte so schnell wie möglich ersetzen. Dies geschah durch deutsche Arbeiterinnen sowie durch Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter.

Letztere wurden in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten unter diktierten Bedingungen angeworben bzw. aus diesen Gebieten verschleppt und zur Arbeit gezwungen. Fast alle ausländischen zivilen Arbeitskräfte können daher als Zwangsarbeiter bezeichnet werden.

Die Bedeutung der Zwangsarbeiter für die faschistische Kriegsproduktion kann durch folgende Tatsache verdeutlicht werden: Im Durchschnitt des Jahres 1944 wurde jeder 4. Panzer, Lastkraftwagen, Granatwerfer und jedes 4. Stück Munition von einem ausländischen Arbeiter hergestellt.

Eingesetzte ausländische Arbeitskräfte (einschließlich Kriegsgefangene)

	insgesamt	Landwirtschaft	Industrie
31. 5. 41	3,0 Mio.	1,5 Mio.	1,0 Mio.
31. 5. 42	4,2 Mio.	2,0 Mio.	1,4 Mio.
31. 5. 43	6,3 Mio.	2,3 Mio.	2,8 Mio.
31. 5. 44	7,1 Mio.	2,6 Mio.	3,2 Mio.

Die Zwangsarbeiter wurden von den NS-Behörden nach Herkunft und „Rassenmerkmalen“ in Gruppen eingeteilt und hinsichtlich Entlohnung, Unterbringung, Verpflegung usw. unterschiedlich behandelt; die „Ostarbeiter“ (meist aus der Ukraine) und die polnischen Arbeiter standen dabei auf der untersten Stufe dieser Ordnung. Sie waren gefangenenähnlich in Lagern untergebracht und erhielten nur einen Bruchteil des Lohnes eines deutschen Arbeiters.

Vertraulich

Wachordnung

1.) Allgemeines

- 1) Die im Reichsgebiet eingesetzten Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen aus den besetzten sowjetrussischen Gebieten sind von der deutschen Bevölkerung, anderen ausländischen Arbeitskräften und allen Kriegsgefangenen streng abgesondert zu halten. Sie dürfen das geschlossene Lager nur zum Zwecke des Arbeitseinsatzes in Begleitung des Wachpersonals verlassen.
- 2) Die russ. Arbeiter haben auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes (bei Arbeiten ohne Rock auch auf dem Hemd, Pullover usw.) ein mit dem betreffenden Kleidungsstück fest verbundenen Kennzeichen stets sichtbar zu tragen. Das Kennzeichen besteht aus einem hochstehenden Rechteck und zeigt bei blau-weißer Umrandung auf blauem Grunde die Aufschrift "Ost" in weißer Farbe.
- 3) Für die gesamte Behandlung dieser Arbeitskräfte ist ausschlaggebend, daß sie Jahrzehntlang unter bolschewistischer Herrschaft gelebt haben und systematisch zu Feinden des nat. soz. Deutschlands und der europäischen Kultur erzogen sind. Den russ. Arbeitskräften ist daher jeder, nicht durch den Arbeitseinsatz bedingter Umgang mit:
 - a) Personen deutscher Blutsangehörigkeit streng verboten. Verstöße hiergegen werden mit Freiheitsentziehung geahndet. Insbesondere ist jede unsittliche Handlung, insb. sonders jeder Geschlechtsverkehr strengstens bei Androhung der Todesstrafe untersagt.
 - b) Anderen ausl. Zivilarbeitern bzw. Zivilarbeiterinnen oder Kriegsgefangenen untersagt. Personen, die hiergegen verstoßen (Russen bzw. Russinnen und der zu a) und b) genannte Personenkreis) sind festzunehmen und der nächsten Ortspolizeibehörde zu überstellen.

111

- 630 Wachordnung für „Ostarbeiter“, ausgearbeitet von der Gestapo (Gestapostelle Münster), April 1942.



- 631 „Ostarbeiter“ aus dem Russenlager Fels in Brambauer, Oktober 1942.
- 632 Beschwerde beim Polizeipräsidium über Betetelei ausländischer Arbeiter, Januar 1943 (Polizeiakte).

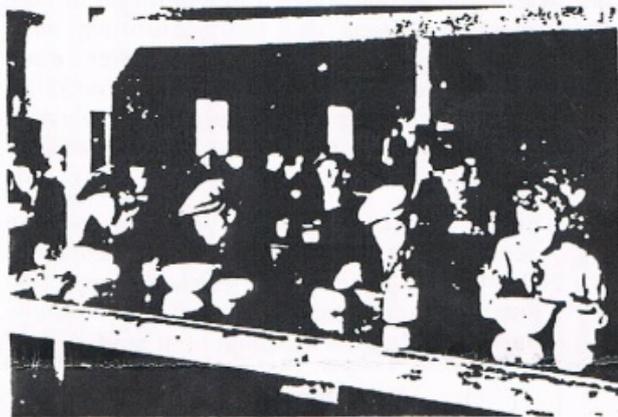
Auch in vielen Dortmunder Betrieben waren Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene eingesetzt. Allein bei Hoesch arbeiteten im September 1943 insgesamt ca. 11 000 Ausländer neben ca. 26 000 Deutschen. In einzelnen Bereichen von Hoesch (Bergbau) betrug ihr Anteil zeitweise mehr als die Hälfte. Lager befanden sich in Dortmund u. a.

- beim Arbeitsamt in der Kirchenstraße,
- auf dem Gelände in der Nähe der großen Betriebe (Zechen Kaiserstuhl, Gneisenau, Fürst Hardenberg, Dorstfeld, Westhausen; Dortmund-Hörder Hüttenverein; Westfalenhütte u. a.),
- in der Huckarder Straße 137,

- in Hemer (Stammlager Stalag VI D) und Hattingen (Auffanglager).

In der Zeit vom 4. August 1942 bis 11. April 1945 wurden 8 676 ausländische Arbeiter bzw. Kriegsgefangene in die Steinwache eingeliefert. Die entsprechenden Haftbücher („Russenbücher“ genannt) nennen u. a. folgende Haftgründe: Umhertreiben, Arbeitsverweigerung, Arbeitsvertragsbruch, Diebstahl, Flucht von der Arbeitsstelle, Sabotage, „politisch“. Als häufigste Entlassungsvermerke sind angegeben: „Konzentrationslager (meist Buchenwald, Ravensbrück, Mauthausen Niederhagen) zugeführt“, „Arbeitserziehungslager (meist Hunswinkel) zugeführt“, „Arbeitslager Kirchenstraße zugeführt“, „durch Firma... abgeholt“, „Gerichtsgefängnis zugeführt“.

- 633 Lagebericht des Sicherheitsdienstes (SD-Abschnitt Dortmund) vom 18. Mai 1942 über die im Bereich Dortmund eingesetzten „Zivilrussen“.



- 634 Ausländische Arbeiter in Brambauer.
- 635 Bericht des SD über den Einsatz russischer Arbeiterinnen bei der Firma Carl Treck: Zwischen den Arbeitslagern wird Kontakt aufgenommen; ortsansässige Bevölkerung nimmt die ausländischen Arbeiter in Schutz.
- 636 Bericht des SD betr. Dortmund-Hörder Hüttenverein.

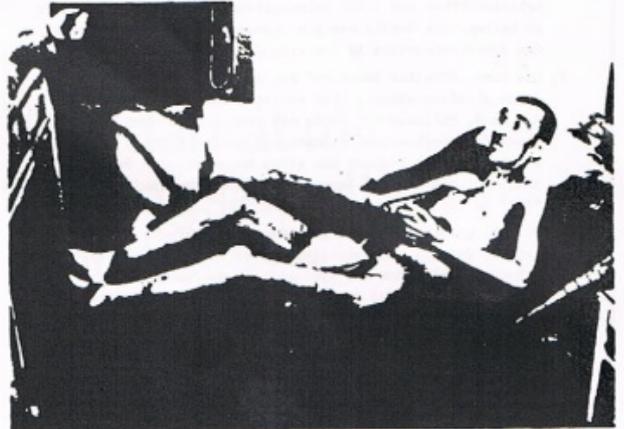
Dortmund-Hörder Hüttenverein, Dortmund

Beim Dortmund-Hörder Hüttenverein sind etwa 219 Ukrainer beschäftigt. Diese Leute sind in ihrer Heimat mittels Radio, Bekanntmachungen usw. geworben worden und haben sich freiwillig für den Arbeitseinsatz gemeldet. Sie haben daher den Wunsch, daß der Stacheldraht, mit dem ihre Lager umzäunt sind, entfernt wird. Dieses ist aber abgelehnt worden, da etwa 20 Mann flüchtig geworden sind. Die Ukrainer führen aus, daß sie sich freiwillig gemeldet hätten und ihnen somit auch Freiheiten zustünden. U. a. sind Leute unter den Ukrainern, die von seiten der Bolschewisten angeblich zu 24 Jahren Kerker verurteilt worden sind; darüber hinaus geben sie an, daß sie auf deutscher Seite gegen den Kommunismus gekämpft hätten. Die Ukrainer haben nachstehende Wünsche:
Pro Tag möchten sie wenigstens 1 Zigarette haben. Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen diesen Leuten keine Rauchwaren verabfolgt werden.

Weiterhin führen sie Klage über zu geringe Fettzuteilung. Im einzelnen bekommen die Ukrainer pro Tag 35 g Fleisch einschl. Knochen, 18 g Margarine, 150 g Brot, 1 1/2 Pfd. Kartoffeln. Darüber hinaus beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden. Alle zwei Monate bekommen sie ein Stückchen Einheitsseife. Die Betriebsführung erklärt, daß sie in der Arbeit gut und willig wären. Es würde sich zweifellos noch eine Leistungssteigerung ermöglichen lassen, wenn eine kleine Fettzulage und Rauchwaren sowie Seife ausgegeben würden. Die deutschen Arbeiter haben den fremdvölkischen Arbeitseinsatz vorerst kommentarlos aufgenommen, später hat sich jedoch ein Mitleid gezeigt, so daß ihnen Lebensmittel zugesteckt wurden. Die früher überzeugten Kommunisten (Deutsche) sahen mit großem Interesse dem Einsatz der Ukrainer entgegen, ebenso die Franzosen. Erst nachdem sich gezeigt hatte, in welcher Aufmachung diese Leute aus dem Arbeiterparadies eintrafen, wurde der Arbeitseinsatz der Ukrainer für sie uninteressant. Seitens der Betriebsführung wird schärfstens darauf geachtet, daß sich nicht etwa bolschewistische Zellen bilden können; einzelne Ukrainer sind zu diesem Zweck ausgesucht worden, die der Lagerleitung sofort die aufrührerischen Elemente zu melden haben. (636)

637 SD-Bericht betr. Zeche Westhausen: Ein „energisches Durchgreifen“ wird bescheinigt; eine groteske Ordnung erweist sich darin, daß die Verpflegungssätze bis auf die 3. Stelle nach dem Komma ausgerechnet sind.

ger, Unterernährung und Krankheit so schwach, daß sie sich nicht erheben konnten. Das Bild zeigt einen tuberkulosekranken russischen Zwangsarbeiter, der im Bett eine Tasse Suppe zu sich nimmt (Bildtext der US-Army).



639 Von den Amerikanern befreiter Zwangsarbeiter in Dortmund.



638 Sowjetischer Zwangsarbeiter in Dortmund, April 1945.

Mit der Einnahme Dortmunds am 14. April 1945 befreite die 9. US-Army auch 4 070 Kriegsgefangene und Sklavenarbeiter aus 13 Nationen – Männer, Frauen und Kinder. Viele von ihnen waren vor Hun-

II. Die Lage der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (Fremdarbeiter) in Deutschland und ihr Verhältnis zum antifaschistischen Widerstand

Die rechtliche Situation (Erlasse Sauckels, des RSHA und anderer Behörden, Beispiele des Terrors u. a.).

Im März 1942 ernannte die Hitlerregierung den Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel, zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Sauckels Aufgabe bestand darin, die faschistische Kriegswirtschaft mit Arbeitskräften

266/44 g

Berlin, den 7. April 1944

Aktensatzsch.

Am 4. Juni 1944 wurde im Führerhauptquartier durch Entscheidung des Führers nach Anhörung der interessierten Herren Reichsminister und Staatssekretäre das Arbeitseinsatzprogramm für 1944 auf 4.050.000 Arbeitskräfte festgesetzt.

Von den 4.050.000 festgesetzten Arbeitskräften sind alleine 2.500.000 als Ersatz für Abgang aus der Kriegswirtschaft infolge von Elaberrung zur beabsichtigt. Abgang durch Tod

dringende Notwendigkeit des Arbeitseinsatzes für die deutsche Kriegswirtschaft hinzuweisen. Wenn alle deutschen Dienststellen in den besetzten Gebieten, herunter bis zu den Feld- und militärkommandanten, diese Notwendigkeiten des Arbeitseinsatzes anerkennen und insbesondere arbeitsfähiger als bisher unterstützen und gegenüber den dort einheimischen Dienststellen noch energischer vertreten, wird es auch unter den schwierigsten Verhältnissen gelingen, die wirklich noch vorhandenen Arbeitskräfte in Interesse der deutschen Kriegswirtschaft zu mobilisieren und in ihrer Leistung zu intensivieren.

Fritz Sauckel

aus Deutschland und den okkupierten Gebieten zu versorgen.

Nun begann eine verstärkte Massendeportation ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland. Selbst Kinder, werdende Mütter und Greise wurden von den Faschisten verschleppt und zur Arbeit gezwungen.

Die Sauckel unterstellten Organe zwangen bis Juli 1942 aus den okkupierten Gebieten der SU 1,3 Millionen und aus Belgien, Frankreich, Jugoslawien, den Niederlanden, Polen und anderen besetzten Ländern 339 000 Menschen zur Sklavenarbeit nach Hitlerdeutschland.

Diese und andere Maßnahmen, die insgesamt ein umfassendes System zur staatsmonopolistischen Regulierung der Kriegswirtschaft bildeten, trugen dazu bei, daß 1942 im Vergleich zu 1941 die Kohlenförderung in Deutschland von 246 auf 258 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung in Deutschland und den okkupierten Gebieten von 31,8 auf 32,1 Millionen Tonnen und die Produktion von Munition und Waffen erhöht werden konnte. Auszug aus dem Urteil des Internationalen Nürnberger Militärgerichtshofs:

„Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD waren bei der Durchführung des Zwangsarbeiterprogramms beteiligt. In einigen besetzten Gebieten waren sie den örtlichen Arbeitseinsatzstellen dabei behilflich, die ihnen von Sauckel vorgeschriebenen Kontingente zu erfüllen.“

Im Auftrage von Gestapo-Stellen innerhalb Deutschlands wurden Zwangsarbeiter überwacht und für diese Stellen nach Arbeitern gefahndet, die sich der Arbeit entzogen. Der Gestapo unterstanden ebenfalls die sogenannten Arbeitsausbildungslager.

Obwohl auch deutsche Arbeiter in diese Lager geschickt werden konnten, spielten dieselben doch in der Hauptsache eine Rolle bei der Erpressung ausländischer Arbeiter im Sinne der deutschen Kriegsanstrengungen.

Im letzten Stadium des Krieges, als die SS auf eigene Faust ein Zwangsarbeiterprogramm durchführte, wurde die Gestapo dafür eingesetzt, Arbeiter zu verhaften, um genügenden Nachschub für die Konzentrationslager sicherzustellen.“¹¹⁴

1. Die allgemeine Lage der ausländischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter

In einer Rede vom Januar 1943 ließ sich Sauckel über das Zwangsarbeiterprogramm der Hitlerfaschisten aus. Er pries die Maßnahmen der Nazis: „Die europäische Arbeitskammeradschaft ist erreicht.“ Prahlend verkündete er, daß Millionen Europäer willig in deutschen Betrieben arbeiteten. Er sprach sogar von einer „Bewunderung“ der ausländischen Zwangsarbeiter für die deutschen „Betreuungsmaßnahmen“.

(„Westfälische Landeszeitung Rote Erde, Amtliches Blatt der NSDAP“, 4. 2. 1943)

Nur eine Woche später tönte Sauckel wiederum: es gäbe genug Arbeitskräfte in der Festung Europa. In diesem Sinne redete er große Töne über die „Mobilisierung der Arbeitsreserven“.

(a. a. O., 11. 2. 1943)

Im März 1943 zogen die Hitlerfaschisten eine Massenkundgebung mit Sauckel und dem „Gauleiter-Stellvertreter“ Albert Hoffmann in der Dortmunder Westfalenhalle auf. Sauckel trommelte in seiner bekannten Manier eine Bevölkerung zum totalen Arbeitseinsatz.

Präziser wurde dann sein Stellvertreter Hoffmann: Er wies darauf hin, daß ohne die Einsetzung von Millionen „fremdvölkischen Arbeitskräften“ das „gewaltige Programm der deutschen Rüstung“ nie zu bewältigen gewesen wäre. Er schwärmte von der Organisation des „fremdvölkischen Arbeitseinsatzes“: Dieses Problem werde mit Anstand und

Sauckel meldete sich dann noch einmal auf einer Tagung der Präsidenten und Leiter der Gauarbeitsämter im August 1943 zu Wort: „Es ist selbstverständlich, daß der für Deutschland arbeitende Ausländer gemäß seiner Leistung gegen die zerstörenden und finsternen Mächte des Judentums, der Plutokratie und des Bolschewismus gerecht und menschenwürdig behandelt wird. Auf diese Weise werden die gemeinsamen Notwendigkeiten aller europäischen Völker, die durch die Pest des Bolschewismus bedroht sind, unendlich erleichtert.“

Was die Faschisten unter „gerechter und menschenwürdiger Behandlung“ der ausländischen Zwangsarbeiter, Zivilarbeiter wie Kriegsgefangenen, verstanden, geht deutlich aus den Bestimmungen hervor, die sie hierzu erließen.

Pur das Verhalten der „Fremdvölkischen“ in und außerhalb der Arbeitsstätte gab es genaue Vorschriften, deren Beachtung von den zuständigen Polizeiorganen überwacht wurde. Die Zuweisung und der Einsatz der einzelnen Menschen in den Arbeitsprozeß geschah ausschließlich durch die Behörden des Arbeitseinsatzes – Arbeitsämter, Gauarbeitsämter, Reichsarbeitsämter. Kein „Arbeitgeber“ durfte auf eigene Faust eine „fremdvölkische Person“ einstellen oder bei sich aufnehmen. (a. a. O., 1. 10. 1943)

Das System der totalen Überwachung und Kontrolle der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen war lückenlos organisiert. Das deportierte „Menschennaterial“ der Faschisten hatte sich bedingungslos ihren Anordnungen und Befehlen zu fügen. Gleichzeitig organisierte das Hitlersystem Terrormaßnahmen gegen Personen, die Kenntnis davon besaßen, daß Zwangsarbeiter ihre Arbeitsplätze verlassen hatten. Sie wurden aufgefordert, in diesem Falle unverzüglich die nächsten Polizeidienststellen und das Arbeitsamt zu benachrichtigen. Die Unterlassung einer solchen Meldung stellte einen Verstoß gegen die Bestimmungen über den Arbeitseinsatz von Ausländern und darüber hinaus bei Kriegsgefangenen auch eine Beihilfe bzw. Vorstreich zu Fluchtversuchen derselben dar und zog schwere Bestrafung nach sich. (a. a. O., 1. 10. 1943)

Immer wieder kam es vor, daß gewerbliche und insbesondere auch landwirtschaftliche Betriebe ausländische Zwangsarbeiter, hauptsächlich „Ostarbeiter“ und Polen, aufnahmen und beschäftigten. Sie taten dies in vollem Wissen um die drastischen Strafen, die ihnen seitens der Nazis drohten. Durch ihr Handeln stellten sie sich objektiv mehr oder weniger offen auf die Seite der ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.

Deshalb mußten die Hitlerfaschisten zu immer drakonischeren Methoden der Abschreckung greifen.

Im Oktober 1943 wies der Präsident des Gauarbeitsamts und Reichstreuhänder der Arbeit Westfalen Süd die ihm nachgeordneten Arbeitsämter an, Betriebsüberprüfungen durchzuführen und bei jedem festgestellten Verstoß eine Bestrafung des Betriebsführers zu veranlassen.

Übertretungen wurden auf Grund des § 258 in Verbindung mit § 67 (Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) und der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer vom 23. Januar 1933 mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Aber nicht nur an ihrem Arbeitsplatz wurden die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen dem ausgeklügelten Naziterror unterworfen.

Die Nazis duldeten auch keine menschlichen Beziehungen zwischen ausländischen Zwangsarbeitern und der deutschen Bevölkerung. Sie zwangen diese Arbeiter in ein Gettodasein, das ihnen jegliche menschliche Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung verbot. Mittels abschreckender Urteile für „Volksgeossen“, die sich mit ausländischen Zwangsarbeitern „einließen“, sollte die Bevölkerung eingeschüchtert und in eine Frontstellung gegen die Zwangsarbeiter getrieben werden. (a. a. O., 12. 10. 1943)

Bei solchen Verstößen wurden erfahrungsgemäß die Kriegsgefangenen staatspolizeilich behandelt, d. h., sie wurden hingerichtet.

Wie umfassend das System der Unterdrückungs- und Isolierungsversuche der Nazis gegen den ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen organisiert war, wie man „mit Anstand und Sauberkeit dieses Problem durchführte und löste“ (Sauckel-Stellvertreter Hoffmann), zeigt mit außerordentlicher Schärfe eine Polizeiverordnung vom 30. 12. 1943 über die Benutzung öffentlicher Straßenbahnen und Omnibusse durch „Ostarbeiter- und -arbeitern“ im Polizeibezirk Dortmund. Trägern des Kennzeichens „Ost“ wurde die Benutzung öffentlicher Straßenbahnen und Omnibusse verboten. Gleichzeitig wurde bei Zuwiderhandlungen mit Zwangsgeld oder Zwangshaft gedroht. Die gleichen Maßnahmen wurden den Personen angedroht, die Zuwiderhandlungen dieser Arbeiter veranlaßten oder duldeten. (a. a. O., 15. 2. 1944)

Im Februar 1944 blies die Nazipropaganda erneut zum Sturm gegen die ausländischen Zwangsarbeiter. Angeblich ging es ihr um die „Bettelei vieler Ostarbeiter“. Es kann aber angenommen werden, daß immer wieder – trotz aller Verbote und Anordnungen – antifaschistisch eingestellt Bürger den „Fremdvölkischen“ Brotmarken, Brot usw. zuschoben. Der Umfang der Bettelei war derart gestiegen, daß „Abwehrmaßnahmen“ nötig seien. Schuld trugte die „unangenehme Gefühlslage der Volksgeossen, die Bettelei s. leicht gemacht haben, daß man von einer Herausforderung sprechen“ konnte.

Wie sehr den Nazis auch die geringste menschliche Geste der Bevölkerung gegenüber den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen ein Dorn im Auge war, geht aus den demagogischen Überlegungen hervor, die die Auswirkungen der „Brotbettelei“ beschreiben: 1. Kostbares Brot würde der deutschen Ernährung entzogen. 2. Der „Brotbettelei“ wäre „für eine straffe produktive Arbeitsleistung verlorben“. 3. Der „Ostarbeiter“ verlore das „Gefühl für den Wert der Reichsmark“. 4. Eine längere Duldung des schwarzen Brothandels begünstige das „Herumtreiben von Arbeitsvertragsbrüchigen, flüchtigen Kriegsgefangenen, Terrorfliegern und Feindagenden“. (a. a. O., 24. 2. 1944)

Die großverhasstige Überheblichkeit der Nazis gegenüber den „Fremdvölkischen“ und ihr Ziel, die ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter zu gettoisieren, kommt auch klar in einem Artikel der „Westfälischen Landeszeitung Rote Erde“ vom 30. 3. 1944 zum Ausdruck.

Zwar stünde der „Fremdvölkische“ an derselben Arbeitsstätte wie der Deutsche, doch trennte ihn von diesem die „Lebensauffassung“, die „Sorge als deutscher Mensch“, die „Sorge als Mitglied einer deutschen Familie“ und die „nationalsozialistische Weltanschauung“ (a. a. O. 30. 3. 1944)

Da die Faschisten kaum etwas mehr fürchteten als eine Verständigung zwischen der deutschen Bevölkerung und den ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, rief die Nazi-Zeitung zu mehr „Abstand und Überwachung“ denn je auf. Sie erläuterte noch einmal die vier wichtigsten Punkte der Nazi-„Betreuungsmaßnahmen“ für die „Fremdvölkischen“:

- Jeder „Ostarbeiter“ müßte das vorgeschriebene Abzeichen tragen.
- Es sei verboten, Ausländern Fahrräder für Besuchszwecke zur Verfügung zu stellen, da „hierdurch Vorschub in der Nachrichtenübermittlung geleistet“ würde.
- Nachts müßte die Anwesenheitskontrolle durchgeführt werden.
- Die Tischgemeinschaft mit „Fremdvölkischen“ sei „eines Deutschen unwürdig“ (a. a. O., 30. 3. 1944)

Ein feinmaschiges Netz, durch das niemand entweichen sollte, wurde von den Faschisten um alle Bereiche des Lebens der ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter gespannt. Wer dieses Netz durchbrach oder von außen seine Hilfe dazu anbot, bekam die „gerechte und menschenwürdige Behandlung“ (Sauckel) der Nazis fürchterlich am eigenen Leibe zu spüren.

Zuchthaus für zuchtlöse Frauen

Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen

Die Sondergerichte Dortmund und Hagen beschäftigten sich in zwei Verhandlungen mit ehrlosen Frauen, die sich des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen schuldig gemacht hatten. Eine Hausangestellte aus Ophedick erhielt ein Jahr drei Monate Zuchthaus, eine Ehefrau aus Hülshorst zwei Jahre Zuchthaus und ein Ehepaar aus Letmathe 9 bzw. 6 Monate Gefängnis.

Die Hausangestellte hatte einen französischen Kriegsgefangenen kennengelernt, sich mit ihm

Gefangeneneheleben wandern ins Zuchthaus Düsseldorf. In jenem Saale des Landgerichts, in dem vor 20 Jahren das Haßurteil des französischen Kriegsgerichts gegen Albert Leo Schlageter verkündet hatte, verhandelte das Sondergericht gegen die 25jährige Gudrun Schütze und die 29jährige Frau Wilh. Schwell, Mutter von fünf Kindern (!), die überführt wurden, intime Liebesleien mit französischen Kriegsgefangenen unterhalten zu haben. Die beiden ehrvergesenen Frauen wurden zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus und je zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zum Tode verurteilt
Köln. Mit außergewöhnlich schweren
fehlungen eines Postbeamten
Köln. Sondergericht.

2. Die besondere Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter

Die sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter waren im Prinzip denselben unumenschlichen Bedingungen unterworfen, wie sie im vorhergehenden Kapitel geschildert wurden.

Ihre Lage unterschied sich aber insofern von der anderen ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, als sie aus einem Land kamen, in dem der Todfeind des Nationalfaschismus, der Sozialismus, gesiegt hatte.

Die sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen waren daher für die Nazis besonders geeignete Objekte ihrer Haßpropaganda, Unterdrückung und Verfolgung.

Wie sich Frau Pawlak erinnert, wurden in Dortmund-Mengede die sowjetischen Kriegsgefangenen in einem Lager untergebracht, das ringsum mit hohem Stacheldraht eingezäunt war. Hinzu kam, daß das Lager an einer Stelle errichtet worden war, die von der Bevölkerung wenig eingesehen werden konnte.

Es war den sowjetischen Kriegsgefangenen verboten, das Lager außerhalb ihrer Arbeitszeit zu verlassen. Sie durften nur kolonnenweise das Lager verlassen, wobei sie ständig ein Posten mit aufgepflanztem Seitengewehr bewachte. Wie Frau Pawlak sich entsinnt, wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht in der Landwirtschaft eingesetzt, sondern zur Arbeit in den Gruben gezwungen bzw. bei anderen schweren Arbeiten eingesetzt.

Da sie nur unter Tage ohne Bewachung waren, konnten dort teilweise Gespräche mit den deutschen Bergleuten geführt werden, während außerhalb dieser Arbeitsstätte jeglicher Kontakt mit der Bevölkerung strengstens verboten war.

Die öffentliche Propaganda der Faschisten stellte die sowjetischen Kriegsgefangenen gegenüber der Bevölkerung als Prototypen des „Untermenschen“, als barbarische und vielschichtige Analphabeten dar.“

drei oder vier Mal auch in der Wohnung Angeklagten getroffen und sich mit ihm eingelassen.

Schwerer lag der Fall bei der verurteilten Ehefrau aus Hohenlimburg. Diese nahm ebenfalls mit einem französischen Kriegsgefangenen Beziehungen auf, den sie auf der Straße kennengelernt hatte. Sie sprach ihn wiederholt an, schenkte ihm Kuchen und lud ihn zu Spaziergängen und zu Besuchen in die Wälder; ebenfalls verurteilten Ehepaars aus Letmathe ein. Der Kriegsgefangene war aus einem Lager ausgebrochen und trug gestohlene Zivilkleidung.

Westfälische Landeszeitung vom 3.11.1943 (oben)

Nebenstehend ebenda vom 12.10.43

Bürgerantrag gem. Paragraph 6 c
der Gemeindeordnung von NW
an die Bezirksvertretung Dortmund-Scharnhorst

In den Rüstungsbetrieben Dortmunds wurden viele tausend sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, auch Frauen und Kinder, zu Tode geschunden.

Russische Kriegsgefangene wurden auch seit 1942 auf der Zeche Gneisenau in Derne beschäftigt. Heute wollen wir uns der Geschichte stellen und dem aufkeimenden Neo-Faschismus die grausame Wahrheit vor Augen halten. Darum fordern wir folgende Mahntafel:

Zum Gedenken an die auf der Zeche Gneisenau
während des Faschismus ausgebeuteten und zu Tode gekommenen
sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.
NIE WIEDER FASCHISMUS - NIE WIEDER KRIEG

Diese Tafel soll an der Derner Drehscheibe aufgestellt werden und bei der Neugestaltung der Kreuzung einen zentralen Platz erhalten.

Desweiteren fordern wir die Stadt Dortmund auf, aus Anlaß des Gorbatschow Besuches in der Bundesrepublik, das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Dortmund zu dokumentieren und die dafür notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen.

Antragsteller DKP - SCHARNHORST, 20. April 1989

Ich/Wir unterstützen diesen Bürgerantrag mit unserer Unterschrift

Name

Adresse

Unterschrift